

Bildung wird neben Themen wie Armut, sozialer Ungleichheit und Gleichberechtigung zunehmend im Kontext von G7 und G20 diskutiert. Oft überwiegt jedoch eine ökonomische Betrachtungsweise. Eine primär ökonomische Perspektive greift für eine gleichberechtigte politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe von Mädchen und Frauen jedoch zu kurz. Auch für einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung müssen die Staats- und Regierungschefs der G7 und G20 klare politische und finanzielle Antworten geben.

Was ist das Problem?

Mädchen und Frauen stellen in etwa die Hälfte der Weltbevölkerung, sind aber in sozialer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht meistens nicht gleichberechtigt, auch nicht beim Zugang zu Bildung.

Weltweit gehen 130 Millionen Mädchen nicht zur Schule.¹ Besonders in den ärmsten Ländern schließt nur gut die Hälfte aller Mädchen die Grundschule ab.² Dabei zeigen die Zahlen, dass Schulbildung wesentlich dazu beiträgt, Mädchen vor früher Verheiratung zu schützen, die Geburtenrate zu senken und das Haushaltseinkommen wie das Bruttoinlandsprodukt zu steigern.

In Kriegs- und Krisengebieten verschlechtert sich die Situation noch einmal drastisch, für Mädchen wie für Jungen. Als eine Folge von lang anhaltenden und komplexen Krisen gehen derzeit 62 Millionen Kinder und Jugendliche in 32 von Konflikten und Krisen betroffenen Ländern nicht zur Schule.³ Für Mädchen ist das Risiko nicht zur Schule zu gehen 2,5 Mal höher wenn sie in solchen Kontexten leben.⁴ Mangelnder Zugang zu Bildung macht sie in derartigen Situationen noch verletzlicher für gravierende Menschenrechtsverletzungen wie Zwangsverheiratung, ungewollte frühe Schwangerschaften, sexuelle und andere Formen von Gewalt, Zwangsprostitution und Menschenhandel.

Auch wenn Bildung in Krisensituationen von Familien und Kindern selber als hohe Priorität bewertet wird, sind Bildungsprogramme oft die ersten, die ausgesetzt und die letzten, die wieder aufgenommen werden. Bislang sind Bildungsinitiativen in Konflikt- und Krisenkontexten ad-hoc, auf Kurzfristigkeit angelegt und chronisch unterfinanziert. In den letzten Jahren wurden weniger als zwei Prozent der weltweiten Mittel für humanitäre Hilfe für Bildung verwendet.⁵

Mit der Agenda 2030 hat sich die internationale Gemeinschaft das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 weltweit zur Umsetzung von Gleichberechtigung beizutragen (SDG 5) und allen Mädchen und Jungen eine kostenlose, inklusive und hochwertige Grund- und Sekundarschulbildung zu ermöglichen (SDG 4).

¹ UNESCO Institute for Statistics (UIS Stat.): <http://data.uis.unesco.org>; Bereich „Education / Out of school children“.

Rund 32 Millionen Mädchen im Primarschulalter gehen nicht zur Schule, rund 29 Millionen Mädchen im unteren Sekundarschulalter und rund 69 Millionen Mädchen im höheren Sekundarschulalter.

² UNESCO Institute for Statistics (UIS Stat.): <http://data.uis.unesco.org/?ReportId=184> für 2015 unter „education/progression/survival rates“ of girls in primary education in low income countries.

³ Education Cannot Wait. 2017. The Situation. Weblink: <http://www.educationcannotwait.org/the-situation/>

⁴ UNESCO. 2015. Global Education Monitoring Report – Education for All 2000-2015: Achievements and Challenges. Weblink: <http://unesdoc.unesco.org/images/0023/002322/232205e.pdf>

⁵ <https://fts.unocha.org/global-funding/overview/2016>

Dennoch wurde das Thema Bildung im Kontext von G7 und G20 selten prominent und umfassend diskutiert. In der Gipfelerklärung der G20 von 2017 wird zwar die Bedeutung von hochwertiger Bildung und Ausbildung für Frauen anerkannt. Die eingehende Beschäftigung, vor allem mit internationalen Finanzierungsinstrumenten, wie der Internationalen Finanzfazilität für Bildung, der Globalen Partnerschaft für Bildung (GPE) und dem Fonds Education Cannot Wait (ECW), wurde jedoch auf die nachfolgende Präsidentschaft verschoben.

Bildung in den aktuellen Gipfelprozessen Berufliche Bildung und Bildungsfinanzierung auf der G20-Agenda

Unter argentinischer Präsidentschaft gibt es zum ersten Mal eine eigene G20-Bildungsarbeitsgruppe und ein entsprechendes Treffen der Bildungsministerinnen und -minister. Schwerpunkt der G20-Bildungsagenda liegt auf Fertigkeiten fürs Leben und für die Arbeit. Die Ausrichtung vorwiegend auf berufliche Bildung zu legen, greift jedoch zu kurz. Ohne eine fundierte Primar- und Sekundarbildung bleibt Jungen wie Mädchen die Chance auf eine fundierte berufliche Qualifizierung verwehrt. In Folge kommt es in der Regel zu prekären Beschäftigungsverhältnissen, oft charakterisiert durch geringe Bezahlung, schlechte Arbeitsbedingungen und Ausbeutungsverhältnisse. Insbesondere Mädchen und Frauen erfahren in solchen extremen Abhängigkeitsverhältnissen oft sexuelle Übergriffe und Gewalt. Die Finanzierung des Bildungswesens ist, wie in der Gipfelerklärung von 2017 angekündigt, ein weiterer Schwerpunkt der diesjährigen G20-Bildungsagenda.

G7 Deklaration für Bildung und Empowerment von Mädchen in Krisen- und Konfliktregionen

Gleichberechtigung und die Stärkung von Mädchen und Frauen stehen im Fokus des kommenden G7 Gipfels. Mit der Verabschiedung einer Deklaration für Bildung und Empowerment von Mädchen in Krisensituationen können die G7 Staats- und Regierungschefs den Blick auf ein bislang weitgehend vernachlässigtes Thema werfen: Mädchen in Not- und Krisensituationen. Die Deklaration bietet die Chance, die Bedeutung von Bildung in Krisen, insbesondere für Mädchen, anzuerkennen und sich zu entsprechenden messbaren politischen, programmatischen und finanziellen Verpflichtungen zu bekennen. Die verheerende Kombination aus weiblich und jung, langanhaltenden und komplexen Krisen sowie schwindenden finanziellen Ressourcen erfordert dringend klare politische und finanzielle Antworten, um dem Grundprinzip der Agenda 2030 „Niemanden zurück zu lassen“ endlich Geltung zu verleihen.

Education Cannot Wait (ECW) ist ein weltweiter Fonds, mit dem Ziel, Bildung für Kinder und Jugendliche in Krisensituationen zu gewährleisten. Er wurde 2016 ins Leben gerufen. Deutschland beteiligt sich mit 16 Millionen Euro.

Global Partnership for Education (GPE)

Die Globale Bildungspartnerschaft wurde 2008 mit dem Ziel gegründet, bis 2030 allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten, eine qualitativ hochwertige Grundbildung zu erlangen. Deutschland beteiligt sich mit einem Beitrag von neun Millionen Euro pro Jahr an der GPE. Während andere Staaten – Geber- wie Entwicklungsländer – ihre Beiträge bei der diesjährigen Wiederauffüllungskonferenz deutlich erhöht haben, blieb Deutschland bei seinem Beitrag. Ein, gemäß der deutschen volkswirtschaftlichen Leistung, fairer Anteil liegt bei 100 Millionen Euro pro Jahr.

International Finance Facility for Education (IFFEd)

IFFEd ist ein Vorschlag der International Commission on Financing Global Education Opportunity (Education Commission, Internationale Bildungskommission) für einen Investitionsmechanismus, der das Ziel hat, neue finanzielle Mittel für globale Bildung zu generieren. Die internationale Bildungskommission schätzt, dass so bis 2020 jährlich 10 Milliarden US-Dollar und bis 2030 weitere 20 Milliarden US-Dollar pro Jahr bereitgestellt werden können.

Dabei muss sichergestellt werden, dass IFFEd tatsächlich nur ein zusätzliches Instrument ist. Bildungsausgaben müssen vorrangig durch die Länder selber oder zweitrangig durch andere Beiträge der internationalen Gemeinschaft gedeckt sein. IFFEd ist außerdem so zu gestalten, dass das Instrument nicht zu einer (erneuten) Überschuldung der Länder im globalen Süden führt.

Unsere Forderungen

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass Bildung ein Schwerpunkt der G7 und G20-Agenden ist.

- Umfassende und hochwertige Bildung entlang der gesamten Bildungskette muss ein zentrales Thema im G7- und G20-Prozess sein. Fragen des Zugangs zu Bildung dürfen nicht primär mit dem Schwerpunkt auf berufliche Bildung diskutiert werden.
- Ein besonderer Fokus muss auf Bildung für Mädchen und Frauen liegen. Bildungsfragen primär einer ökonomischen Zielsetzung unterzuordnen, greift dabei zu kurz.
- Eine ausreichende Bildungsfinanzierung ist zentral, um das Menschenrecht auf qualitatives, lebenslanges Lernen auch für Mädchen zu verwirklichen. Deutschland muss einen seiner Wirtschaftskraft angemessenen Beitrag hierzu leisten.
- Im Rahmen von G20 gilt es, eine Bildungsarbeitsgruppe und ein entsprechendes Treffen der Bildungsministerinnen und -minister zu institutionalisieren.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass im Kontext von G7 und G20 Bildungsprogrammen in Krisenregionen eine hohe Priorität eingeräumt wird. Ein besonderer Fokus muss dabei auf Mädchen liegen.

- Auf dem G7 Gipfel im Juni 2018 gilt es, eine Deklaration für Bildung und Empowerment von Mädchen in Krisen zu verabschieden.
- Mit der Deklaration müssen sich die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs zu konkreten und messbaren politischen, programmatischen und finanziellen Verpflichtungen bekennen, die zur Umsetzung des Rechts auf qualitatives, lebenslanges Lernen von Kindern, Jugendlichen und insbesondere Mädchen in Krisenzeiten beitragen.
- Mit der Deklaration muss sich die G7 verpflichten, als einen ersten Schritt zusätzliche 1,3 Milliarden US-Dollar innerhalb der nächsten drei Jahre durch bi-, multilaterale und humanitäre Kanäle, einschließlich der Globalen Partnerschaft für Bildung (GPE) und dem Fonds Education Cannot Wait (ECW), bereit zu stellen. Die finanziellen Zusagen müssen Teil einer übergreifenden Strategie sein, 15 Prozent der weltweiten ODA für Bildung einzusetzen. Auch Deutschland muss einen seiner volkswirtschaftlichen Leistung angemessenen finanziellen Beitrag leisten.
- In der Summe muss die Deklaration zum Ziel haben, Gleichberechtigung stärker in allen Maßnahmen der humanitären Hilfe zu berücksichtigen und auf den Abbau von Barrieren, die Mädchen am Zugang zu Bildung in Krisensituationen hindern, zu fokussieren.



Gibt Kindern eine Chance

**Plan International
Deutschland e.V.**

Kontakt
Sonja Birnbaum
Leiterin Repräsentanz Berlin
Stresemannstr. 72
10963 Berlin

Tel.: +49 (0)30 / 22 35 27 13
Fax: +49 (0)30 / 22 35 27 14
E-Mail: sonja.birnbaum@plan.de
www.plande
www.facebook.com/planDeutschland
www.twitter.com/PlanGermany